



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigen Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Der Kampf im Steindruckgewerbe. — Feuilleton: Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden. (IV.) — Der Kampf gegen das Koalitionsrecht. (II.) — Strittige Betriebsunfälle. (I.) — Korrespondenzen (Dresden). — Adressenveränderungen. — Briefkasten. — Abrechnungen. — Anzeige.

Beilage: Der sozialdemokratische Parteitag in Sena.

Für die Woche vom 24. bis 30. September ist die Beitragsmarke in das mit 39 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Kampf im Steindruckgewerbe.

Die von den Lithographen und Stein-druckern in Leipzig eingeleitete Bewegung nimmt von Tag zu Tag einen größeren Umfang an. Wir haben in unserer letzten Nummer über alle Vorgänge berichtet, die sich bis zum 7. September in Leipzig abgespielt haben. Demnach haben die Gehilfen in sämtlichen Steindruckbetrieben, mit Ausnahme von sechs, wo die Forderungen sofort bewilligt wurden, die Kündigungen eingereicht, welche insgesamt am 23. d. Mts. ablaufen. Die Stellung der Leipziger Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wurde bereits — wie ebenfalls berichtet — schon am Vorabend vor dem Kündigungsbeschluß der Gehilfen festgelegt, und zwar dahingehend, daß unter Beachtung des für das Leipziger Hilfspersonal bis zum 31. Dezember d. J. bestehenden Tarifabkommens, vollste Neutralität geübt wird, d. h., daß von unserer Kollegen-schaft weder Kündigungen zugunsten der Gehilfen eingereicht werden, noch zu demselben Zweck Arbeitseinstellungen vorkommen dürfen. Allerdings unter der ganz natürlichen Voraussetzungen, „wenn prinzipal-seitig die tariflichen Gesetze während der Konflikt-dauer in derselben Weise geachtet und durchgeführt werden“, wie es in der am 6. September beschlossenen Reso-lution heißt. Damit ist klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das organisierte Hilfs-personal gewillt ist, eingegangene Verpflichtungen reiflos zu respektieren, daß es aber auch von der anderen Vertragspartei das gleiche Verhalten fordert. Diese von unserer Kollegen-schaft als selbstverständlich angesehene Voraussetzung ist aber von einem Teil Leipziger Unternehmer jämmerlich zu schanden gemacht worden. Einem Teile unserer Kollegen-schaft ist sofort nach erfolgter Einreichung der Kündigung seitens der Gehilfen von den Prinzipalen gekündigt worden unter Hinweis auf die be-stehenden Differenzen. —

Diese Maßnahme involviert einen nackten unbestreitbaren Tarifbruch der Unternehmer! Um diese Tatsache einwandfrei feststellen zu lassen, wurde sofort eine dringende Klage bei dem zuständigen Schiedsgericht an-

hängig gemacht. Und hier geschah das Unglaub-liche. Das Schiedsgericht hat, mit Stimmenmehrheit, d. h. mit dem Sichenscheid des unparteiischen Vorsitzenden die Klage wegen tarifwidriger Massen-kündi-gung abgewiesen, und somit prin-zipal-seitig den Steindruckereibesitzern das Recht eingeräumt, sich über jede Vertragstreue hinweg zu setzen und die tariflich gebotene Neutralität mit Füßen treten zu dürfen.

Umsonst war der Hinweis der Klagevertreter auf die sich aus dem Tarifverhältnis ergebenden Neutralitätsverpflichtungen. Die Prinzipal-vertreter hatten einfach weiter nichts im Auge, wie ihre Unternehmerinteressen — den gefährdeten Gelbbeutel. Es gab für sie nur einen Gesichtspunkt, von dem sie ihre Entscheidung als Tarif-funktionäre abhängig machten, und das waren die Kosten, die ihnen durch die tariflich gebotene Weiterbeschäftigung des Hilfs-personals erwachsen würden. Und von diesem Standpunkt aus warf auch der juristisch gebildete Vorsitzende seine ent-scheidende Stimme in die Waagschale. Welchen Standpunkt das Hilfspersonal aber in der Frage einnimmt, das geht klar und deutlich aus der schriftlichen Begründung der Berufungsklage hervor, über die das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker am 21. d. Mts. zu entscheiden hat. Sie lautet wörtlich:

„Das Schiedsgericht ist nach Ansicht der Kläger bei seinem Urteilspruch von der falschen Voraus-setzung ausgegangen, daß eine Massen-kündigung nur dann eine Tarifverletzung bedeute, „wenn sie sich als eine Maßregelung darstellt“. Ferner wird die Frage, ob Arbeitseinstellung als force majeure*) für den Betriebsinhaber zu erachten sei, vom Schiedsgericht zu Unrecht als nebensächlich behandelt und darauf das Hauptgewicht gelegt, daß ohne ein Verschulden der Beklagten eine Not-lage eingetreten ist, die anzuerkennen sei. Die Kläger stellen sich vielmehr auf den Standpunkt, daß es durchaus nicht erst der Feststellung einer vorliegenden „Maßregelung“ im Sinne des Deutschen Buchdrucker-tarifs bedarf, um eine Massen-kündigung als tarifwidrig anzuerkennen, sondern es muß ohne weiteres auch in einer Neutralitätsverletzung, wie sie hier unbestritten vorliegt, eine tarifwidrige Handlung erkannt werden. Ebensovienig wie das tariflich gebundene Hilfspersonal in dem vorliegenden Konflikt zwischen Gehilfen und Prinzipalen zugunsten der ersteren irgendwelche Solidaritätsabfindungen sich zu schulden kommen lassen darf, wie Massen-kündigungen oder gemeinschaftliche Arbeits-einstellungen, ebensovienig dürfen die Prinzipale zu ihren Gunsten das Hilfspersonal in den Kon-flikt mit einbeziehen. Das geschieht aber, wenn sie, um sich den Kampf mit der Gehilfen-schaft materiell zu erleichtern, ohne Rücksicht auf das be-stehende Tarifverhältnis das Hilfspersonal ent-lassen.

*) = höhere Gewalt.

Desgleichen können sich die Kläger nicht der Meinung des Schiedsgerichts anschließen, daß die Beklagte infolge einer „unverschuldeten Notlage“ zur Vornahme der Massen-kündigung gezwungen gewesen wäre. Eine solche Notlage läge nur dann vor, wenn es nicht in der Hand der Be-klagten läge, genügende Arbeits-gelegenheit für das Hilfspersonal zu beschaffen, d. h. wenn das Vorliegen einer force majeure zu konstatieren wäre. Nun kann aber in einer Arbeitseinstel-lung nicht ein Hindernis erblickt werden, dessen Ueberwindung nicht in menschlicher Macht stände. Es ist feststehend, daß nach zwei Richtungen hin die Unternehmer die Möglichkeit haben, in dem vorliegenden Falle für das Hilfspersonal genügend Arbeits-gelegenheit zu beschaffen, und zwar können sie entweder für Ersatzgehilfen sorgen, oder aber, wenn ihnen dies nicht möglich ist, haben sie dafür zu sorgen, daß eine Einigung mit den Gehilfen zustande kommt.

Mit dem Abschluß eines Arbeits-tarifvertrages haben die Leipziger Steindruckereibesitzer die Ver-pflichtung übernommen, während der Dauer dieses Vertrages Aussperrungen des Hilfs-personals aus irgendwelchen Gründen zu unterlassen, genau so, wie das Hilfspersonal auf Grund des Tarif-vertrages keinerlei Massen-kündigungen oder Arbeitseinstellungen vornehmen darf. Wenn nun die ordnungsmäßige Durchführung eines solchen Vertrages von der Mitwirkung Dritter, in diesem Falle der Gehilfen, abhängig ist, dann hatten sich eben die vertragstheftenden Prinzipale von vorn-herin dieser Mitwirkung bergehallt zu versichern, daß eine Störung in der vertraglich festgelegten Leistung und Gegenleistung nicht eintreten kann. Auf welche Weise dies zu geschehen hatte, haben die Kläger nicht zu entscheiden.“

Bei der Fertigstellung dieser Nummer liegt das Urteil des Tarifamtes, auf das man mit Recht gespannt sein darf, nicht vor. Gleichviel aber, wie es auch ausfallen mag, ist das Hilfs-personal Leipzigs heute schon fest entschlossen, die Aussperrungsgelüste der Unternehmer mit aller Schärfe zurückzuweisen. Wenn die Stein-druckereibesitzer nicht reif genug sind, abge-schlossene Verträge bis zu deren festgesetztem Ab-lauf zu respektieren, wenn sie nicht gewillt sind, übernommene Verpflichtungen gegenüber der Ar-beiterschaft einzulösen,

dann haben unsere Leipziger Kollegen und Kolleginnen auch keine Veranlassung, diesen in so effektanter Weise von den Unternehmern gebrochenen Tarif weiter bestehen zu lassen.

Für die Folgen des eventuell eintretenden tarif-losen Zustandes mögen sich die Unternehmer bei ihrer Schutzverbandsleitung bedenken.

Wie in diesem Falle der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer seine unsauberen Finger im Spiele hat, so ist er es auch, der durch seine scharfsmacherischen Tendenzen dafür gesorgt hat, daß der Konflikt nicht auf Leipzig beschränkt

bleibt, sondern auf eine Reihe größerer Druckorte spontan übergreift. Am 15. d. Mts. fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Hilfsvorgängerin und des Schutzverbandes statt, die an der Hartnäckigkeit der Schutzverbändler scheiterten. Keinerlei Zugeständnisse, lächerlich geringe, ja geradezu provozierend wirkende Lohnangebote. So sieht die so oft an sich selbst gerühmte Friedensliebe des Schutzverbandes aus. Mit dem ergebnislosen Abbruch dieser Verhandlungen war natürlich der Krieg auf der ganzen Linie erklärt, der aber nunmehr nicht allein von den Gehilfen, sondern auch vom Hilfspersonal gegen den Schutzverband geführt werden muß.

Lange genug haben die Armen der Armen im graphischen Gewerbe, die Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen, unter den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen gelitten und geduldet. Jeder Regung nach Verbesserung dieser unerträglich Lage haben sich die Unternehmer, geführt durch ihre Schanzmachersorganisation, mit allen Mitteln widersetzt. Jetzt endlich beginnt aber auch das Hilfspersonal sich auf sich selbst und seine Rechte zu besinnen und geht daran, sich seine Rechte, die ihm solange vorbehalten wurden, zu erkämpfen.

Die Steindrucker und Lithographen haben nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Schutzverband die in Leipzig aufgestellten Forderungen auch den Schutzverbandsfirmen folgender Orte zugesellt: Nürnberg-Fürth, Frankfurt a. M., Stuttgart, Ermitage und Schwabach. Ueberall da hat auch gleichzeitig unsere Kollegenchaft in überfüllten Versammlungen zur Sache Stellung genommen, seine Forderungen formuliert und beschlossen, für deren Verwirklichung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzugreifen. Diese Forderungen beziehen sich auf den Abschluß von „Bereinigungen über die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen für das Hilfspersonal in Steindruckereien und Anstalten“, die gleichlautend, mit Ausnahme der Löhne, folgendes enthalten:

§ 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit ist die der Gehilfen.

§ 2. Mindestlohn. Der Mindestlohn — in Nürnberg — beträgt für ständige Hilfsarbeiter an der Ueberzugspresse 25 Mt., für Steinschleifer, die sich über eine zweijährige Berufstätigkeit in lithographischen Anstalten ausweisen können, 25 Mt., für ständige Hilfschleifer im ersten Jahre

22 Mt., jedes Jahr 1,50 Mt. mehr bis 25 Mt. Für sonstiges männliches Hilfspersonal: im Alter von 16 Jahren 14 Mt., von 17 Jahren 16,50 Mt., von 18 Jahren 18,50 Mt., von 19 Jahren 19,50 Mt., von 20 Jahren 21 Mt. und über 20 Jahre 22 Mt. Für weibliches Hilfspersonal: für Anlegerinnen an Maschinen bis zum Format 125 Zentimeter 14 Mt., Format 125 bis 140 Zentimeter 15 Mt., Format 140 bis 170 Zentimeter 16 Mt., für lernende Anlegerinnen 12 Mt., jedes halbe Jahr 1 Mt. mehr, bis zum Mindestlohn für geübte Anlegerinnen. Für Bogensängerinnen an Maschinen bis zum Format 125 Zentimeter 12,50 Mt., bis zum Format 140 Zentimeter 13,50 Mt., bis zum Format 170 Zentimeter 14 Mt., für Goldauflegerinnen nach einjähriger Tätigkeit 13 Mt., für sonstige Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 9 Mt., über 16 Jahre im ersten Halbjahr 10 Mt., im zweiten Halbjahr 11 Mt., nach einem Jahre 12 Mt. Dieser letztere Lohnsatz hat auch als Mindestlohn für alle jene Arbeiterinnen zu gelten, die nachweisbar mindestens ein Jahr in einem graphischen Betriebe als solche tätig waren. Hilfsarbeiterinnen, welche als sogenannte Drittmädchen an Druckmaschinen verwendet werden, erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit an diesen Maschinen eine Zulage von 1 Mt. pro Woche.

Der Mindestlohn — in Frankfurt a. M. — für alle sonstigen Hilfsarbeiter 24 Mt. Der Mindestlohn für Anlegerinnen beträgt 16 Mt., für Bogensängerinnen 14 Mt., für Bronziererinnen 13 Mt., für sonstige Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 11 Mt., über 16 Jahre 13 Mt.

§ 3. Ueberstunden. Regelmäßige Ueberstunden sind nicht zulässig, wöchentlich dürfen von einem Hilfsarbeiter oder einer Hilfsarbeiterin nicht mehr als 5 und jährlich nicht mehr als 80 gemacht werden. Für Ueberstunden werden 25 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Bei 1 bis 2 Ueberstunden wird eine Viertelstunde, bei mehr als zwei Ueberstunden eine halbe Stunde Pause gemacht und bezahlt. Alle an einem Tage gemachten Ueberstunden werden für die Pausen zusammengerechnet. Die Pausen müssen zwischen der regulären und der Ueberarbeitszeit liegen.

§ 4. Feiertagsbezahlung. Die gesetzlichen und ohne Vereinbarung mit dem Personale angeordneten, wie die örtlichen Feiertage werden bezahlt. Arbeiter, die wegen Mangel an Arbeit oder aus sonstigen Gründen nicht während der

vollen wöchentlichen Arbeitszeit Beschäftigung haben, erhalten für diese Zeit ihren Wochenlohn.

§ 5. Ferien. Allen Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen wird ein Ferienurlaub von mindestens drei Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes gewährt. Der Urlaub verlängert sich jedes Jahr um einen Tag bis zu zwei Wochen.

§ 6. Entschädigung bei Bronzierarbeiten. Für Bronzier- und Raderarbeiten, sowie für Abstauben wird eine Extraentschädigung von 5 Pf. pro Stunde gewährt. Diesen Zuschlag erhalten auch alle Arbeiterinnen, welche als Farbweiberinnen tätig sind.

§ 7. Entschädigung nach § 616 d. B. G.-B. Eine Ausschaltung der Bestimmungen des § 616 d. B. G.-B. durch Fabrikordnung ist unzulässig.

§ 8. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses beträgt 14 Tage.

§ 9. Arbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis des Hilfsarbeiterverbandes wird in erster Linie in Anspruch genommen. Die Vermittlung ist unentgeltlich.

§ 10. Allgemeines. Bestehende günstigere Lohnbedingungen als die vorgenannten bleiben in Kraft. Jeder Hilfsarbeiter und jede Arbeiterin erhält eine den Löhnerverhältnissen entsprechende Lohnzulage. Die Durchführung vorstehender Bedingungen wird beiden Parteien zur unbedingten Pflicht gemacht.

Die Lohnforderungen, die in den übrigen angeführten Orten von der Kollegenchaft gestellt wurden, sind uns zur Stunde noch nicht bekannt, dürften sich aber wie die vorstehenden in den Grenzen des Möglichen aber Notwendigen halten. Nach dem bisherigen Verhalten der Schutzverbandsleitung erscheint es ausgeschlossen, daß es vor Ablauf der Kündigungsfristen zu einer friedlichen Beilegung der Differenzen kommt, vielmehr können wir mit einem harten, unter Umständen längerem Kampfe rechnen. Alles das aber ist sowohl den Gehilfen wie auch der Hilfsarbeiterchaft gewärtig gewesen, als sie sich entschloßen, mit den bisherigen Verhältnissen zu brechen und für bessere Zustände einzutreten. Die Organisationen sind gerüstet und ihre Mitglieder kampfbereit. Unsere Kollegenchaft im Steindruckergewerbe wird geschlossen für seine Forderungen einstehen, denn sie hat nichts zu verlieren — aber alles zu gewinnen!

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

IV.

Im alten Steinpalast (stehendes festes Ausstellungsgelände) nennt sich eine Abteilung: Die wissenschaftliche. In ihr werden der Reihe nach die Infektionskrankheiten plastisch und graphisch dargestellt. Zunächst die Tierseuchen, dann Krebs, dann die Mikrobiologie und Parasitologie. Die tierischen Parasiten des Menschen und die Tiere sind durch Originalpräparate, teils durch Abbildungen vertreten. Dann in einer Unterabteilung die Infektionskrankheiten des Menschen. Der Ausstellungsstoff ist gegliedert nach den einzelnen in Betracht kommenden Krankheiten, wie Typhus, Pest, Cholera, Bocken, Haut- und Geschlechtskrankheiten; weiter Lepra, Maltafieber, Beri-Beri-Krankheit (Reiskrankheit), Malaria, Milzbrand usw. In anderen Abteilungen wird die Immunität und Schutzimpfung und die Desinfektion gezeigt, bei letzteren eine ganze Reihe städtischer Einrichtungen.

Große Abteilungen sind der Tropenhygiene und den Zahnerkrankungen gewidmet. Interessant ist eine Krankenbaracke für Schlafkranke von Professor Dr. Koch, dessen Wüste in diesem Saale steht. Und mit Recht; ist er doch der große Pfadfinder auf dem Gebiete der Bekämpfung der Infektionskrankheiten.

Eine sehr wichtige keine Abteilung ist die mit der Aufschrift: Statistik. Sie findet allerdings trotzdem wenig Beachtung; denn die Zahlen sind ja auch eine weitverbreitete „Krankheit“. Und doch bieten diese Zahlen sehr viel. Es wird die

Entwicklung der Bevölkerung nach Alter und Beruf, die Bewegung der Bevölkerung und die Sterblichkeit nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Wohlhabenheit, Wohnort, Jahreszeit und Klima dargestellt. Weiter wird die Zahl der Erkrankungen nach Art und nach dem Einflusse des Berufs, ferner die Statistik der Unfälle, der Invalidität, der Geborenen und der Todesursachen gezeigt. Die statistischen Landes- und städtischen Ämter sind daran beteiligt. An Zahlen wird auch der Aufwand, namentlich der Städte, für die öffentliche Gesundheitspflege hervorgehoben.

Eine sehr stark besuchte Ausstellung der Geschlechtskrankheiten unter Leitung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die auch vor kurzem einen Kongress im Ausstellungsvortragssaal abhielt, zeigt an schrecklich aussehenden Moulagen (Wachspräparaten) usw. die Verheerungen, die vor allem die Syphilis an der „Krone der Schöpfung“ anrichtet, aber auch die Tierhyphilis wird veranschaulicht. Merkwürdig — und unserer Ansicht nach — auch auf dem Kongress sprach man sich dahin aus — sehr unzuverlässigerweise ist eine Ausstellung von Schutzvorrichtungen gegen venerische Infektion durch das Gesetz verboten. Die zahlreichen Gegenstände, die zur Uebertragung der Syphilis auf außergeschlechtlichen Weg Anlaß geben, werden gezeigt, so die furchtbare Brustwunde einer Amme, die Hand eines Arztes. Sehr instruktiv ist auch die sanitäre Ueberwachung der Prostitution dargestellt. Die Stadt Bremen hat eine Musterbordellstraße sowie die innere Einrichtung der hygienisch vorbildlichen Häuser mit Bad usw. in einem Modell vor Augen geführt.

Ein besonderes Kabinett, das die erkrankten Geschlechtsorgane in Wachspräparaten zeigt, ist nur für Erwachsene zugänglich. Wir halten das für nicht zweckmäßig aus erzieherischen Gründen. Die Ausstellung soll doch wohl warnen und die Gefahren zeigen. Ist schon die Nichtausstellung von Verhütungsmitteln bedauerlich, so auch dieses Verbot; denn die Jugend soll doch vor der venerischen Vergiftung vor allem bewahrt werden. Mit moralisierenden Erwägungen ist da nichts getan.

In demselben Gebäude in Halle X ist die Arbeiterversicherung untergebracht. Es haben vier Ortskrankenkassen (Dresden, Leipzig, Düsseldorf und Kaufmännische Kasse Berlin) ausgestellt, 21 Betriebskrankenkassen, 27 Landesversicherungsanstalten und vier Einrichtungen der Invalidenversicherung. Die Ortskrankenkassen zeigen, was gerade auf dem Gebiete der Selbstverwaltung geleistet worden ist an Mehrleistungen: Familienhilfe und Genesungsheimen usw. Die Ausstellung dieser Kassen ist ein sehr wirksamer Protest gegen die unerhörten Verleumdungen, die die Feinde der Selbstverwaltung vor der Annahme der Reichsversicherungsordnung in die Welt gesetzt haben.

Die Betriebskrankenkassen sind bemüht, durch kluge Behauptungen in ihren in der Ausstellung zur Verteilung gebrachten Jahresberichten den Mangel an positiv gleichwertigen Leistungen zu erweisen. So heißt es in dem Berichte der Firma Norddeutsche Wollkammer in Delmenhorst: „Das (was vorstehend über die Leistungen gesagt wird) sei ein Beweis für die Wichtigkeit der voraussetzenden Erkenntnis, daß gutgeleitete Betriebskrankenkassen nicht nur die beste Form der Krankenversicherung sind, sondern auch die

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

II.

Die Geneigtheit des Bürgertums, auf „gesetzlichem Wege“ Terrorismus zu üben.

Die Hetzereien und Scharfmachereien der Arbeiterfeinde haben die Situation soweit „geklärt“, daß die Reaktion dreist und unerschrocken daran geht, ganz offenkundig klassenstaatlichen Terrorismus „auf gesetzlichem Wege“ auszuüben. Die Reaktion hat gut vorgearbeitet und verhilft ihre verbrecherischen Pläne nicht mehr im geringsten. Denn verbrecherisch im höchsten Grade ist es, wenn die besitzenden Klassen ihre politische Macht dazu bemühen, die besitz- und rechtlose Masse des arbeitenden Volkes gewalttätig daran zu hindern, ihre wirtschaftliche Lage zu heben und den Feuerungsverhältnissen anzupassen. Die Reaktion spielt bewußt mit dem Feuer, denn auch den reaktionären Mächten ist es klar, daß die Werkkraft einer so gewaltigen Gemeinschaft, wie sie die moderne Arbeiterbewegung darstellt, nicht unterdrückt, wohl aber aufgepeitscht und in andere Bahnen gelenkt werden kann — eben durch ungerechte Unterdrückung „auf gesetzlichem Wege“. Aber die Reaktion schreckt vor ihrem verbrecherischen Um nicht mehr zurück, glaubt sie doch, die Mehrheit des Bürgertums und die politische Macht hinter sich zu haben.

Wie weit die Reaktion sich der Unterstützung des Bürgertums gewiß ist, das geht klar und unzweideutig aus einer Auslassung der konservativen Korrespondenz vom Ende August 1911 hervor. Das Blatt nimmt Stellung zu den Petitionen, die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen und Unternehmer fordern. Zum Schluß seiner Ausführungen schreibt das Blatt:

„Da zweifellos durch die Ereignisse der letzten Zeit (soll heißen: durch die ununterbrochenen Hetzereien und Verleumdungen der Scharfmacher) bei der Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich die Geneigtheit verstärkt haben dürfte, diese Frage (der Vernichtung des Koalitionsrechtes) baldigst auf gesetzlichem Wege zu regeln, so sollten die verbündeten Regierungen möglichst bald eine entsprechende Vorlage dem Reichstage unterbreiten. Wenn der Freisinn auch in dieser Frage sich als Schleppenträger der Sozialdemokratie betätigen

will, so kann das in vieler Hinsicht den anderen bürgerlichen Parteien nur willkommen sein.“

Also nur der Freisinn scheint von allen bürgerlichen Parteien noch etwas weniger geneigt zu sein, das verbrecherische Treiben der Reaktion gegen die moderne Arbeiterbewegung mitzumachen. Doch ganz gewiß ist verfehlt, wollte man annehmen, daß der Freisinn die Politik gegen die Koalitionsfreiheit ganz entschieden bekämpfen wird. Im Gegenteil! Der Freisinn hat sich bei der Beratung der Reichsverfassungsordnung unzweideutig als Schleppenträger der finsternen Reaktion erwiesen. Immerhin ist sich die Reaktion der Unterstützung aller übrigen bürgerlichen Parteien schon gewiß!

Getrost können nun die Scharfmacher mit ihren verbrecherischen Plänen kommen. Das tun sie denn auch in weitgehendstem Maße. Die Reichsregierung hat es ebenfalls nicht versäumt, das Ihre dazu beizutragen und den Wünschen der Scharfmacher nachzukommen. Der Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetz enthält Paragraphen und Strafbestimmungen, die direkt Ausnahmebestimmungen gegen die moderne Arbeiterbewegung bedeuten. Am reaktionärsten ist wohl der § 241 des Entwurfs. Er lautet:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“

Der Zweck ist ohne weiteres klar. Wenn die Rechtsprechung des Klassenstaates es schon dahin gebracht hat, in der Weigerung, mit unorganisierten Arbeitern unter einem Dache zu arbeiten, eine Erpressung zu erblicken, so ist es ein leichtes, mit Hilfe des § 241 jede gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu unterdrücken. Das Streikpostenstreichen gefährdet die „Recht“-sprechung schon jetzt mit dem Groben-Anflug-Paragraphen! Es ist gar nicht abzusehen, was mit Hilfe des § 241 alles gesagt und unterdrückt werden soll und wird. Sicher ist, daß der § 241 und noch viele andere Paragraphen aus den Wünschen und dem „Material“ der industriellen und agrarischen Scharfmacher hervorgegangen ist, zu dem ausgesprochenen Zweck, die Werkkraft der Gewerkschaften lahm zu legen und das Koalitionsrecht zu vernichten.

Nun wird diese Annahme ja kurzweg als „sozialdemokratische Entstellung“ bezeichnet. Es trifft sich aber außerordentlich gut, daß der

Hoffnungen des Gesetzgebers durch die, aus den Beziehungen, welche die Klassenmitglieder mit dem Arbeitgeber verbinden, entpringende Zusammenarbeit allein übertreffen können.“ Eine solche Verdrehung der Tatsachen ist denn doch noch nicht dagewesen, paßt aber vorzüglich zu dem, was das keine Merkblatt über die deutsche Arbeiterversicherung enthält. Da heißt es: Ueber 7½ Milliarden Mark hat die deutsche Arbeiterversicherung seit ihrem Bestehen bis 1909 „den Arbeitern zugewendet“. Das hört sich ja pompös an. Es kommen aber auf den Tag und Kopf netto 7 Pfennige. Außerdem müssen doch die Arbeiter den größten Teil der Beiträge selbst aufbringen. Und weiter ist selbst von namhaften Staatsmännern wie Posadowsky darauf verwiesen worden, daß die Beiträge der Unternehmer weiter nichts als einen Teil des Lohns darstellen. Und der Staat, der den Arbeitern Milliarden an indirekten Steuern abnimmt, hat erst recht keinen Anlaß zu solcher Aufschneiderei.

Die Ausstellung der Arbeiterversicherung ist mit den Hilfen der drei Kaiser ausgestattet als „der Begründer und Förderer der Arbeiterversicherung“, wie der offizielle Ausstellungskatalog besagt. Wie sagte doch Bismarck: Ohne die Arbeiterbewegung hätten wir keine Sozialreform!

In nächster Nähe der Arbeiterversicherung hat man es — dem christlichen Vereinen junger Männer ermächtigt, sein gottgefälliges Licht leuchten zu lassen. Diese Eumachen der Arbeiterbewegung sind für würdig befunden worden, an Karten zu zeigen, daß die Dummen nie alle werden. Die gewaltige deutsche moderne Arbeiterbewegung, die mehr für die Hygiene getan hat wie alle Hygieneausstellungen der Gegenwart

und der Zukunft zusammengenommen mitamt der Arbeiterversicherung, die sperrte man aus!

In der Nähe befindet sich eine Ausstellung der Schulhygiene: Musterklassenzimmer, Schulgebäude, Lehrmittel usw. sind dort in großer Menge zu sehen. Weiter hat die Säuglingsfürsorge Platz gefunden.

In der geräumigen Halle Verkehr ist alles zusammengetragen, was hierauf Bezug hat, insbesondere Schifffahrt, Eisenbahn- und Automobilwesen sind hier an Modellen zu studieren. Viel Raum hat man der Marine gewährt, wohl in der stillen Hoffnung, gleich etwas Begeisterung für sie zu erwecken. Aber auch hier offenbart sich der Klassencharakter all unserer Einrichtungen. Neben dem prächtigen Abteile der ersten Klasse nimmt sich der Wagen dritter und vierter Güte, obwohl wesentlich schöner wie die jetzt noch im Lande herumpendelnden Kasten, aus wie der Bettelmann neben dem Kavaler. Bei dem großen Modelle des Dampfers hat man schon darauf verzichtet, auch das Zwischendeck und seine „hygienischen Einrichtungen“ zu zeigen. Natürlich ist diese Abteilung an sich für Laien interessanter als Präparate aller möglichen ekel-erregenden Krankheiten usw. Man kann dort sehen, wie „unser blaue Jungen“ auf den Kriegsschiffen leben. Die Hospitaleinrichtungen usw. werden gezeigt. Und wenn in Wirklichkeit alles so ist, wie hier auf dieser Ausstellung, dann ist besser für den Seemann geforgt als für die meisten Landdratten in den Lazaretten und Krankenhäusern. In zahlreichen Modellen usw. ist das Auswandererwesen zu studieren. Die riesigen Hallen zum Empfang der Wasservögel, die meistens durch die elenden Verhältnisse in ihrer Heimat hinausgetrieben werden über

Zentralverband Deutscher Industrieller nunmehr durch einen Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches jeden Zweifel ausschließt. Der Antrag bezweckt folgende Fassung des § 241:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“

Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachern.“

Die Scharfmacher sprechen also nicht davor zurück, von ihren Machtmitteln auch den äußersten Gebrauch zu machen. Allerdings kann zu ihrer Entschuldigung angenommen werden, daß Profit- und Gewinnjucht alles menschliche Empfinden, jedes Gefühl für Freiheit und Recht in ihnen erlöset hat; daß ihnen durch eine unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit jedes Verantwortungsgefühl abhanden gekommen ist. Sie halten es ganz für selbstverständlich, daß durch die vorgesehenen Maßnahmen in Zukunft Verbanlung der Arbeitervertreter mit den Unternehmern, daß Streik und Boykott unter Strafe gestellt wird; sie wollen den Kreis nur vollständig schließen.

Schließlich ist das haßerfüllte blindwütige Vorgehen der richtichtlosen Scharfmacher auch nicht dazu angetan, besonders Fremden zu erregen. Rechnen sie doch nicht nur mit der Geneigtheit, sondern mit dem unerschütterlichen Willen des Bürgertums und der Regierung, ihren Wünschen nachzugeben. Schon aus Anlaß der Verhandlungen der Petitionskommission des Reichstages über die Eingaben der Arbeitgeberverbände, Innungsverbände und anderen Vereinigungen mit dem Ersuchen eines gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen usw., führte der Referent unter anderem aus:

„Es muß unbedingt dafür eingetreten werden, daß der brave ruhige Arbeiter bei Streiks nicht durch Belästigung von Streikposten, Bestohlung oder Mißhandlung gehindert werde, weiter zu arbeiten oder angebotene Arbeit anzunehmen.“

Dazu schrieben gegen Ende Mai 1911 die „Berliner Politischen Nachrichten“:

„In den Ausführungen des Referenten — dieser ist der Zentrumsabgeordnete Göring — ist ganz besonders der Hinweis bemerkenswert, daß

Meer; die Quarantänestationen, die gerade den aus Rußland, Polen und Galizien mit ihren „hygienischen Einrichtungen“ kommenden Leuten nur zu angebracht sind. Da sind Laucher in ihrer vollen Ausrüstung zu sehen mit biden Meißeln an den Sohlen, und der stramme Marinemann, der die Aufsicht führt, erklärte einer Dame aus der Provinz mit dem ernstesten Gesichte, damit würden die Steine auf den Straßen gleichmäßig getreten. Die Rettungstationen der Nordsee haben eine vollständige Ausrüstung ausgestellt, und der alte Seebär ist unermüdet bemüht, in seinem Schreiber dieses so heimatisch anheimelnden norddeutschen Platt-Hochdeutsch die Sache zu erklären. Ein sehr anschauliches Modell des zukünftigen Leipziger Zentralbahnhofes zeigt, wie zweckmäßig gleicherweise monumentale Ausgestaltung des meistbesuchten Gebäudes einer Stadt mit den Verkehrsinteressen in Einklang gebracht werden können, wenn die Ausführung solchen Künstlern wie Rossow und Kühne übertragen wird. Wenig hygienisch und sogar etwas gefängnismäßig wirken die Aufenthaltsräume für das Bahnpersonal. Dem modernen Fischtransporte, dem immer mehr Bedeutung für die Volksernährung zukommt, je teurer das Fleisch wird, dient ein ausgefallener praktischer Transportwagen für lebende Fische. Das Straßenbahnwesen ist ebenfalls durch entsprechende Darstellungen gut vertreten und weiter die städtische Straßenreinigung. Es bleibt nun noch die Ausstellung der fremden Nationen sowie das Gefängnis- und Irrenwesen sowie einige sonstige Ausstellungsabteilungen, denen wir den nächsten und letzten Artikel widmen werden.

Mißstände, wie sie in den Eingaben geschildert werden, tatsächlich vorhanden und durch Gerichtsverhandlungen in zahlreichen Fällen nachgewiesen sind. Die daraufhin erhobene Forderung, daß der arbeitswillige Arbeiter keinesfalls gehindert werden dürfe, seinem Erwerbe weiter nachzugehen bzw. angebotene Arbeit anzunehmen, ist von der Kommissionsmehrheit gebilligt worden. . . . Hoffentlich zeigt die Stellungnahme der Petitionskommission . . . an, daß die Forderung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen und ebenso die Forderung wirksamer Abwehrmaßnahmen gegen Boykottierung und Verurteilung eine sichere Mehrheit im Reichstage hinter sich hat."

Es besteht nicht nur Gerechtigkeit, sondern ein fester Wille, die moderne Arbeiterbewegung "auf gesetzlichem Wege" zu terrorisieren. Das Koalitionsrecht soll und muß fallen — so will es die Reaktion, so will es auch das Bürgertum und die Regierung.

Strittige Betriebsunfälle.

I.

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Arbeiterssekretariate behandeln durchgängig das Kapitel Arbeiterversicherung am ausführlichsten. Namentlich bei der Unfallversicherung zeigt es sich, welch schweren Kampf die Verletzten vielfach zur Erlangung einer Rente zu führen haben. Nicht jeder Unfall, sondern nur die "Betriebs"-unfälle werden entschädigt. Voraussetzung für die Gewährung einer Rente ist danach einmal, daß der Betroffene, sei es durch äußere Verletzung, sei es durch organische Erkrankung, eine Schädigung seiner körperlichen oder geistigen Gesundheit — Körperverletzung oder Tod — erleidet, und sodann, daß diese Schädigung auf ein plötzliches, d. h. in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis zurückzuführen ist, das in seinen — möglicherweise erst allmählich hervortretenden — Folgen den Tod oder die Körperverletzung verursacht. Der Unfall muß sich also „im“ oder „beim“ Betriebe ereignet haben. Die Voraussetzungen für den Begriff „Betriebs“-unfall werden seitens der Berufsgenossenschaften häufig bestritten, wie nachstehende Fälle wiederum beweisen.

Eine Körperverletzung, welche einem Arbeiter von einem Mitarbeiter vorsätzlich zugefügt wurde, als Betriebsunfall anerkannt. Nach dem Münchner Bericht wurde ein Chauffeur von einem seiner Kollegen nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einem Montierereisen am Kopfe erheblich verletzt. Von der Strafkammer des Landgerichts München erhielt der Täter dafür eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren drei Monaten. Der Anspruch des Verletzten auf eine Unfallrente wurde zurückgewiesen, weil der Unfall sich nicht bei einer Tätigkeit ereignet habe, welche im Interesse des Betriebes ausgeführt worden sei. Das Schiedsgericht verurteilte auf eingereichte Berufung die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß sich Körperverletzungen, welche einem Arbeiter von einem Mitarbeiter vorsätzlich beigebracht werden, nicht schon deshalb als Betriebsunfälle darstellen, weil sie zur Zeit und am Orte des Betriebes sich ereignen, und zwar selbst dann nicht, wenn die Verletzung mittels eines dem Betriebe dienenden Werkzeuges erfolgt. Eine vorsätzliche Körperverletzung, welche ein Arbeiter dem anderen bei Gelegenheit von Wichtigtuigkeiten und Täuschlichkeiten auf der Betriebsstätte oder bei der Arbeit zufügt, hat aber dann als Betriebsunfall zu gelten, wenn sie mit dem Betriebe in erkennbarem ursächlichen Zusammenhange beruht, daß sowohl die Veranlassung dazu wesentlich in dem Betriebe beruht, als auch die verletzende Handlung selbst sich noch als Ausfluß der Betriebsgefahr darstellt. Nach Würdigung der gesamten Verhältnisse kommt das Urteil dann zu dem Schluß, daß der Verletzte durch die Art des Betriebes genötigt war, mit dem ihm aus Unlaß seiner Betriebsstätigkeit auffällig und feindselig gesinnt gewordenen anderen Chauffeur häufig in

Berührung zu kommen. Somit war er fortwährend, mindestens aber zur Zeit des Unfalles, einer aus den eigentümlichen Verhältnissen des Elektromobilbetriebes entspringenden Gefahr, von dem Mitarbeiter mißhandelt zu werden, also einer Betriebsgefahr, ausgesetzt und durch eine solche zu Schaden gekommen.

Die Verletzung eines Tischlers, die er sich durch Abspringen von einem Straßenbahnwagen zuzog, ist nach dem Münchner Bericht ebenfalls als Betriebsunfall anerkannt. Ein Tischler wollte mit einem Vertäfelungsstück einen Straßenbahnwagen besteigen, mußte aber, da er keinen Platz mehr bekam, von dem inzwischen angefahrenen Wagen abspringen, wobei er zu Fall kam und sich am rechten Ellbogen und an der rechten Kniekehle verletzte. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Entschädigungsanspruch ab, weil nicht jeder Unfall, der einen Verletzten bei Gelegenheit einer Verrichtung für den Betrieb betreffe, ohne weiteres schon als Betriebsunfall darstelle. Solche Unfälle, welche an der betreffenden Stelle zur betreffenden Zeit auch jeder andere nicht im Betriebe Beschäftigte erleiden könnte, seien keine Betriebsunfälle und zu diesen gehöre auch der vorliegende. Auf eingereichte Berufung wurde die Berufsgenossenschaft auch hier zur Rentenzahlung verurteilt. Aus der Begründung sei u. a. folgendes hervorgehoben: „Die in Betracht kommende Tätigkeit des Genannten muß nach den Umständen des Falles, da es sich dabei, wie festgestellt, um das Verbringen von Vertäfelungsstücken von der Betriebsstätte zu einem Arbeitsplatz handelte, als eine auf den Betrieb gerichtete und im Betriebsinteresse ausgeführte angesehen werden. Auch die Benutzung der Straßenbahn war unzweifelhaft, auch abgesehen von der Behauptung des Klägers, daß er zu deren Benutzung speziellen Auftrag hatte, als im Betriebsinteresse gelegen anzuerkennen und deshalb eine Unterbrechung des Zusammenhangs zwischen Unfall und Betrieb als ausgeschlossen zu erachten.“

Korrespondenzen.

Dresden. Mitgliederversammlung am 12. September. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wurde in vielstündiger Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Frieße und der Kollegin Brabonek durch Erheben von den Sitzen geehrt. Hierauf nahm zu einem Vortrage über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“ Landtagsabgeordneter Fleißner das Wort. In 1 1/2-stündigen Ausführungen ging der Referent auf die Theorie der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des heutigen Staates ein und hob besonders die gegenseitigen Interessen, sowie auch die trennenden Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital unter erläuternden Beispielen hervor. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Referent die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse. Er erntete allgemeinen Beifall der art besuchten Versammlung. Den Bericht vom zweiten Quartal gab Kollege Franz Herrmann. Zurzeit zählt die Zahlstelle 888 Mitglieder und zwar 312 männliche und 576 weibliche. Die Einnahmen an Beiträgen beziffern sich auf 3314 50 Mk., an Eintrittsgeld auf 21,90 Mk. Die Arbeitslosen-Unterstützung erforderte 608,40 Mk., die Kranken-Unterstützung 480,85 Mk., die Wöchnerinnen-Unterstützung 140,— Mk. In die Hauptkasse wurden gesandt 1250,— Mk. Ferner wurden im Quartal 2 Mitglieder, eine Vertrauenspersonen- und 15 Drucker-Versammlungen abgehalten. Im Arduernachweis waren 79 Stellen zu vergeben, jedoch konnten hiervon nur 60 besetzt werden. Ganz besonders machte sich jederzeit ein Mangel an weiblichem Personal, namentlich Aufseherinnen, bemerkbar, weshalb es gerügt werden muß, wenn Arbeitslose sich nicht sofort melden. Gewöhnlich werde unter Umgehung des Nachweises auf eigene Faust Arbeit angenommen und so jede Kontrolle und Ueberwacht dem Beamten unmöglich gemacht. Unter „Gewerkschaftlichen“ besprach der Vorsitzende zunächst ein Rundschreiben des Zentralverbandes betr. die einheitliche Durchführung der Beitrags-erhöhung nach dem neuen Statut und machte die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie in Unterstützungsfällen den Schaden selber zu tragen haben, indem nur die bezahlte Beitragsklasse für die Bemessung der zu zahlenden Unterstützung

maßgebend sein kann. Dnedies können Verstöße gegen die statutarischen Bestimmungen nicht geduldet werden und alle Mitglieder seien unbedingt verpflichtet, die ihrem tatsächlichen Verdienste entsprechenden Beiträge zu bezahlen. Der Hauptvorstand hat infolgedessen die Verwaltungen der einzelnen Zahlstellen beauftragt und dafür verantwortlich gemacht, daß strikte für die Durchführung der diesbezüglichen Anordnungen gesorgt wird. In der Diskussion kommt Kollege Friedrich auf die Fluktuation unter den Kolleginnen zu sprechen und wünscht, daß die Verwaltung einmal eine Uebersicht vorlegt, aus welcher zu ersehen ist, weshalb oder unter welchen Motivierungen der Austritt erfolgte und wie lange die betreffenden Mitglieder waren. Kollege Schöner kritisiert die Berichtsaufnahme in unserer „Solidarität“ und wünscht mehr Objektivität. (Wie? Wo? Wann? Warum? Ned.) Kollegin Baum macht Ausführungen über die Schwierigkeiten, mit denen manche Vertrauenspersonen in Ausübung ihrer Pflicht zu tun haben und betont, wie trotz des besten Willens und der Hingabe für die Sache, es dennoch mitunter unmöglich sei, den Widerstand der Indifferenten zu bekämpfen. Kollege H. Herrmann spricht sodann von den Vorkommnissen in Leipzig und geißelt die scharfmacherischen Bestrebungen des Schutzverbandes, weshalb auch wir uns rüsten und im voraus Maßnahmen treffen müssen, um nicht überrast zu werden. Was wir von unseren reaktionären Dresdener Unternehmern zu erwarten haben, wenn der Kampf nach hier übergreifen sollte, ist uns bekannt und wir können kraft unserer Organisation der Zukunft ruhig entgegensehen. Sorgen wir aber dafür, daß auch diejenigen, welche uns noch fern stehen, unsere Reihen vollzählig machen, denn nur dann wird es möglich sein, mit Erfolg den Kampf aufzunehmen. Auch wir wollen dem Unternehmertum beweisen, daß wir nicht gesonnen sind, willenlos unsere Arbeitskraft zu opfern. Die teuren Zeiten fordern, daß wir unbedingt für höhere Löhne und die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage eintreten. Da bereits in kleineren Orten Tarifverträge zustande gekommen sind, so muß auch Dresden als Großstadt darauf dringen, endlich einmal das zu erlangen und zu besitzen, was andere schon seit Jahren haben. Kollege Paul Herrmann gibt sodann bekannt, daß eines Sonntags im Oktober bei Adam eine Versammlung der Zeitungs-Nacharbeiter stattfindet und zwar soll Näheres durch Handzettel noch bekannt gegeben werden. Ferner soll im gleichen Lokal am 26. September eine Vertrauenspersonen-Sitzung abgehalten werden. In derselben sollen eingehend die einzuleitenden Maßnahmen für die Tarifierneuerung und eine Reihe anderer wichtiger Fragen der gegenwärtigen Situation besprochen, sowie eventuelle Beschlüsse gefaßt werden. Kollege Franz Herrmann spricht zum Schluß sein Bedauern darüber aus, daß der häufige Wechsel unter den Vertrauenspersonen und Hauskassierern für die weitere Entwicklung der Zahlstelle nachteilig wirken muß und ersucht darum, daß sich in Zukunft mehr Mitglieder zu diesen Arbeiten melden, damit eine bessere Auswahl getroffen werden kann.

Briefkasten.

Wegen Raummangel mußten die Berichte aus Danzig, Darmstadt und Straßburg zurückgestellt werden.

Adressenveränderungen.

Raumburg a. S.
Vorsitzender: Karl Klube, Windmühlstraße 15 I.

Abrechnungen.

Das zweite Quartal hat in dieser Woche abgerechnet:
Hamburg 1271,38 Mk.
S. Lodaßl.

Abzieher Edgar Eydner,

geboren am 4. Juni 1886 in Rudolfsstadt, welcher auf der Reise ist, wird gebeten, seine Adresse an Rob. Eydner, Leipzig, Härtelstr. 17, zu senden.

Redaktionschluss für die nächste Nummer ist am Montag, den 25. September.

Beilage zur „Solidarität“

Br. 38.

Berlin, den 23. September 1911.

17. Jahrgang.

Der sozialdemokratische Parteitag in Jena.

k. r. In der Woche vom 10. bis 16. September wurde in dem von Professor Abbe erbauten und allen Parteien zur Verfügung stehenden Volkshause in Jena der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie abgehalten. Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes bot ein einziges erfreuliches Bild der Parteientwicklung. Die Partei zählt heute 837 000 Mitglieder, sie steht an Größe an erster Stelle in der ganzen Welt. Neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteiorganisation ist auch eine gleich glänzende Entwicklung des Abonnentenstandes zu verzeichnen. Es gibt heute 1 360 000 Abonnenten der Parteizeitungen. Allein im letzten Jahre war ein Abonnentenzuwachs von 146 000, seit den letzten Reichstagswahlen ein solcher von 311 000 zu verzeichnen. Und finanziell ist die Partei so gut gerüstet, daß sie voll Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegen sehen kann.

Beim Bericht über die allgemeine Tätigkeit des Parteivorstandes ging Genosse Müller nach der Methode vor, den Stier bei den Hörnern zu fassen: er ging kräftig auf die in der letzten Zeit gegen den Parteivorstand erhobenen Kritiken wegen dem „Geheimzirkular“, dem Maroffo-Flugblatt und der behaupteten Initiative bei der Stellungnahme gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr ein. Diese Kritik rief denn sofort Rosa Luxemburg, Dr. Lentzsch, Dittmann-Solingen, Hoffmann-Eilberfeld und Lebebour als Diskussionsredner auf den Plan. Soweit sich die Anklagen dieser Redner auf die durch die Maroffo-Affäre heraufbeschworene politische Situation bezogen, gab zunächst Weber die Antwort des Vorstandes, wobei er mit alleräußerster Schärfe gegen die Genossin Luxemburg seine Klänge wandte.

Als kompetente Vorkämpfer der Gewerkschaften griffen Robert Schmidt und Legien in die Debatten ein. Sie befanden sich im Einverständnis mit dem Parteivorstand und äußerten sich höchst zufriedenstellend über das lokale Handeln in Hand arbeiten zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Der dann zum Wort kommende Genosse Molkenbuhr wurde mit spontanem Beifall begrüßt. Schon die Namen der Redner bürgen für die Schärfe des Rednermaterials, jedoch „Szenen“, wie die bürgerlichen Mütter berichten, gab es nicht. Und wo immer es zu solchen kommt in der Partei, entstehen sie im Urdun aus dem rücksichtslosen Bestreben, am besten der Parteifache zu dienen, und die gegnerischen Parteien draußen bleiben deshalb noch immer die gemeinsam zu bekämpfenden Feinde der Sozialdemokratie.

Am zweiten Verhandlungstage wurde flott weiter über den Vorstandsbericht debattiert. Im Laufe der Debatte ging ein Antrag ein, den Parteivorstand durch zwei neu besoldete Sekretäre zu ergänzen und eine 21-gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag eine völlige Reorganisation des Vorstandes unterbreiten soll. Ein paar Anträge sollten dem Parteivorstand eine Art Labelschloß auszusprechen, dieselben wurden jedoch am Schlusse der Debatte zurückgezogen. Die Antragsteller führten dazu begründend aus, daß sie ihren Zweck vollkommen erreicht, denn diese flatterschöne eingehende Aussprache sowie der Antrag auf Verstärkung und Reorganisation des Vorstandes sei der Zweck ihrer Anträge gewesen. Man kann wohl sagen, daß kaum jemals der Parteivorstand so scharf kritisiert worden ist. Selbstverständlich wehrte sich dieser herzlichst seiner Haut, wobei die sonderbare und bis jetzt neue Situation entstand, daß ihm fast ausschließlich aus den Reihen der Süddeutschen und der Generalkommission die Verteidiger entfielen. Von der radikalen Seite wurde nicht verkannt, daß gewiß der größte Wert auf ein einmütiges Handeln in Hand arbeiten

zwischen Partei und Gewerkschaften gelegt werden muß. Wenn aber einmal solche Ermahnungen väterlicher Art wie durch das „Geheimzirkular“ für nötig erachtet werden, dann solle auch die Parität gewahrt und die Rüssel gleichmäßig nach beiden Seiten ausgeteilt werden. Was die Indiskretion der Genossin Luxemburg anbelangt, so sei sie kaum zu leugnen, aber diese Indiskretion war vom besten Willen diktiert, der Partei zu dienen. Trotz allem, was über Form und Ton gesagt werden möge, siehe das lebendige Interesse der Partei über der Form.

Die scharfe Kritik, die geübt worden ist, ist letzten Endes eine höchst erfreuliche Erscheinung. Sie hat die volle Energie und die Entschlossenheit des sozialistisch denkenden Proletariats bekundet, in einer Kriegsgefahr sich nicht wie gedankenlose Schafe zur Schlachtkant führen zu lassen. Trotz der zeitweilig heftigen Debatten steht fest, daß darin in der Partei keine Meinungsverschiedenheit herrscht, sondern in bezug auf die Abwehr der Kriegshereyen und die Hochhaltung der internationalen Solidarität steht rechts und links in der Partei einheitlich da. In dieser Frage gibt es keinen Unterschied der Richtung in der Partei, keinen Unterschied zwischen Nord und Süd. Das mögen sich die Kriegshereyen in allen bürgerlichen Lagern, die aus einigen in der Hitze des Gefechts gefallenen Aeußerungen gar zu gerne Kapital schlagen möchten, gesagt sein lassen, daß die ganze Partei sich einig darin ist, Kriegsabenteuer um Maroffo oder sonstiger kapitalistischer Interessen willen, abzulehnen.

Der Antrag auf Einsetzung zwei weiterer Parteivorstandssekretäre sowie der Kommission zur Reorganisation des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zwei Anträge auf Entfaltung einer planmäßigen Landagitation und auf Schaffung einer Zentrale zur regelmäßigen Inspektion der Parteigeschäfte wurden dem Vorstand zur Prüfung überwiesen. Dann gelangten die Debatten durch Beratung der zur Presse und Jugendbewegung gestellten Anträge in ein ruhigeres Fahrwasser. Die die Presse und Literatur betreffenden Anträge werden sämtlich dem Vorstand zur Prüfung überwiesen, darunter einer, der dem nächsten Parteitag das Projekt der Schaffung einer selbständigen illustrierten Zeitung vorlegen soll. Mit einigen Beratungen über den Schutz der Jugendbewegung vor den zerstörungswütigen Polizeimaßnahmen endeten die Arbeiten des zweiten Tages.

Vor Eintritt in die Verhandlungen des dritten Verhandlungstages nahm der Parteitag Gelegenheit, eine Pflicht des Protestes und der Pietät zu erfüllen. Aus dem sächsischen Mandatgebiet drang die Kunde, daß beim Uebergang über die Elbe bei Birna elf Mann den Tod gefunden. Ihr tragisches Geschick gab den Delegierten Veranlassung, den Hinterbliebenen dieser Opfer des Militarismus ihr tiefstes Beileid auszusprechen und damit zugleich einen neuen Protest gegen den völkerverdrückenden Militarismus zu verbinden.

Aus England kam die Kunde vom Tode der Genossin Miff Macdonald, eine der opferbereitesten Vorkämpferinnen für das englische Proletariat. Clara Zetkin sprach ihr einen warmherzigen Nachruf, wobei alle Delegierte sich von den Sitzen erhoben. Dann gab Adolf Ged den Bericht der Reichstagsfraktion. Es hat sich beim Vorgehen der Fraktion volle Einmütigkeit ergeben. Nur bei der Lösung der elsass-lothringischen Verfassungsfrage entstanden Differenzen darüber, wie die Fraktion sich dieser Frage gegenüber verhalten solle. Eine Minderheit war der Meinung, daß man wegen der feudalen und reaktionären Bestimmungen, die in der Verfassung stehen geblieben sind, gegen dieselbe stimmen müsse. Das führte dazu, daß sechs Mitglieder der Fraktion, nachdem sie innerhalb derselben ihre Gründe dargelegt, sich der Abstimmung enthielten.

Die Diskussion über den Fraktionsbericht ging sehr schnell zu Ende und veranlaßte keinerlei hartes Auseinanderplatzen der Geister. Die Fraktion erhielt den Auftrag, im Reichstag die konstitutionell demokratischen Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu vertreten (Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, internationale Schiedsgerichte) und ferner die Einführung einer Reichskriegsteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften zu fordern, die mit dem Lage einer Mobilmachung in Kraft tritt. Auch ein von Eduard Bernstein eingebrachter Antrag wurde akzeptiert, der von der Regierung die sofortige Einberufung der Volksvertretungen bei internationalen Konflikten verlangt, damit das Volk nicht wie eine Hammelherde oder eine Schar un-mündiger Kinder von einer Diplomatenklique ans Messer geliefert werden kann.

Zu der innerpolitischen Frage der Leuerung fand ein Antrag der sozialdemokratischen Frauen Annahme, zurzeit der Eröffnung des Reichstages im ganzen Reich öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen. Die zunächst beteiligten Frauen sollen darin Gelegenheit erhalten, die Ursachen der jetzigen unerhörten Notlage des arbeitenden Volkes kennen zu lernen und zu einem Massenprotest gegen den durch agrarische und kapitalistische Machinationen entfachten infamen Lebensmittelwucher entflammt werden. Dann wurde noch ein von Südekum in markigen Worten begründeter Antrag der Reichstagsfraktion angenommen, die Regierung zur sofortigen notwendigen Aufhebung aller Zölle und zur Öffnung der Grenzen zur Linderung der Leuerung aufzufordern. Der zweite Teil des Antrags fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen anzuschließen, um sich auch durch diese Betätigung die notwendigen Erleichterungen zu erzwingen. Ein Antrag, zur Impfsfrage Stellung zu nehmen, fand keine Berücksichtigung. Die Befürworter erhielten von Stuttgart die nötige Unterweisung, daß die Impfsfrage keine Parteifrage ist.

Höher gingen die Bogen der Erregung, als die letzten Vorformnisse aus dem süddeutschen Wetterwinkel der Partei zur Verhandlung kamen. Gemäß dem Antrage der Mandatsprüfungskommission wurden die Mandate der Genossen Bullmer und Westmeyer-Stuttgart kassiert, bei dem ersten mit großer, bei dem zweiten mit schwacher Majorität. Dann begründete Genossin Duncker-Stuttgart einen Antrag von 106 Genossen, daß der Parteivorstand sich mit dem württembergischen Landesvorstand und der Stuttgarter Parteileitung ins Benehmen setzen soll, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern. Die lieben Gegner sind dabei nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der Parteitag nahm ihnen kurzerhand den Stoff vor der Nase weg, indem er mit übergroßer Mehrheit die Gelegenheit ohne Diskussion dem Vorstand überwies. Die Mehrheit ließ sich von dem Gedanken leiten, daß, wenn der Parteivorstand in Württemberg Versöhnungsversuche anstellen soll, dann die Differenzen durch eine bitternde Debatte auf dem Parteitage nicht noch erst verschärft werden dürfen. Auch ein Antrag aus Karlsruhe, daß ohne Zustimmung der örtlichen Organisationen keine Klubs und Landesorganisationen bestehen dürfen, wurde in aller Kürze und Schnelligkeit erledigt, indem er der Beschwerdekommision überwiesen wurde. So schwammen zum großen Bedauern der gespannt lauernden bürgerlichen Presseleute alle Felle eines erhofften Parteistandals restlos weg.

Hermann Molkenbuhr leitete dann mit einem großzügigen Referat die Besprechung der Reichsversicherungsvorordnung ein.

In der von berechtigter Empörung getragenen Debatte wies besonders Louise Zieh darauf hin, wie in der katholischen Kirche die Mutter Gottes als Mutter heilig gesprochen. Aber die katholischen Zentrumsvertreter haben in unglücklich gemeiner Weise den Schutz der Arbeitermütter hintertrieben. Allerdings sind es die Zentrumsleute nicht allein gewesen, sondern von den Konservativen bis zu den Nationalliberalen und den linken Freisinnigen haben sie meistens alle an demselben Strang gezogen. Die Partei wird das heilige Feuer der Empörung schüren über die Mißhandlung all der jenseitsreichen und durchführbaren Anträge, die die sozialdemokratischen Anträge bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage zum Schutze der Lebensinteressen der arbeitenden Männer, Frauen und Kinder gestellt haben.

Der vierte Tag begann vor überfüllten Tribünen und unter erwartungsvoller Stille mit Bebel's Referat über die Reichstagswahlen. Bebel ist erfreulich rüstig, er sprach anscheinend mit viel größerer Leichtigkeit als im vorigen Jahre in Magdeburg. Er hatte sein Referat in zwei Teile eingeteilt: erstens die Marokkoangelegenheit, zweitens die Reichstagswahlen. Außerordentlich wirkungsvoll zeichnete er zunächst ein Bild der Kolonial- und Weltpolitik an sich. Er zeigte, wie die Kolonialgeschichte aller Länder eine Geschichte ist mit Blut geschrieben und mit Verbrechen aller Art besudelt. Im Laufe der Jahrhunderte haben die koloniale Ausrottung, Austreibung und Unterdrückung der Eingeborenen sich in der Form geändert, aber auch heute noch stehen Kolonialverbrechen aller Art überall im Vordergrund. Der deutsche General Trotha ließ noch vor wenigen Jahren tausende und aber tausende Männer und Frauen des Herero Stammes zusammenreißen und dann in die Wüste jagen, wo sie dem Hunger und Durst in unendlichen Qualen zum Opfer fielen. Das wird ein Schandfleck bleiben für die deutsche Kolonialpolitik, solange es eine Geschichte gibt. Bebel zeichnete dann in einer großen Uebersicht den Entwicklungsgang unserer deutschen Kolonial- und Weltpolitik bis zum Marokkokonflikt. Er kam zu dem Schluß, daß kein vernünftiger Mensch sich auf eine so unheilvolle, geradezu verrückte Politik einlassen kann, wie sie von den frivolen, alldeutschen Kriegshekern dem Volke zugemutet wird. Auch die Schweigetaktik, die die deutsche Regierung in dieser gefahrvollen Zeit beobachtet, können wir unter keinen Umständen gutheißen; denn es handelt sich um des Volkes Kopf und des Volkes Gedächtnis. Bebel besprach dann die bedeutungsvolle Frage der Stellung der Sozialdemokratie in einem Kriege. Es fällt uns nicht ein, uns auf einen Mittäufstreit, einen Massenfriede oder irgend ein anderes Mittel von vornherein festzulegen. Aber die arbeitende Klasse aller Länder hat sich durch ihre Vertreter auf den internationalen Kongressen verpflichtet, beim drohenden Ausbruch eines Krieges alles aufzubieten, um den Krieg zu verhindern. Und bricht er trotzdem aus, so werden sie mit allen Mitteln auf seine rasche Beendigung hinarbeiten. Die Wahl der Mittel aber muß jeder Nation ihren Verhältnissen entsprechend überlassen bleiben. Den Schluß von Bebel's Ausführungen bildete die erschütternde, packende Zeichnung der Folgen eines Krieges. Fünf bis sechs Millionen Männer in Deutschland von ihren Familien weggerissen, die Familien des Einkommens beraubt, hunderttausende kleiner Gewerbetreibende bankrott, die Kurve fallen, Handel und Wandel stöckend, Fabriken geschlossen, Arbeitslosigkeit und Hunger ringsum, die Zufuhr der Lebensmittel gekemmt, die Klassen der Gewerkschaften geleert, — o, dann werden die Massen nicht nach Generalfriede, dann werden sie nach Brot und Arbeit schreien! Und dann das Land, in dem die rasende Kriegsfurie alles zu Boden stampft und brennt, — wer wird die Leichen bergen?! Dann entsteht jene Stimmung, jene Situation, wo die bürgerliche Gesellschaft auf dem Spiele steht. — Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution des Parteivorstandes wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Der Parteitag hat durch diese ungeteilte Einigkeit nach außen hin den denkbar schärfsten und geschlossensten Protest gegen die Marokkorkriegsgefahr dargestellt.

Da auf den Wunsch Bebel's der zweite Teil des Referats auf Freitag verschoben wurde, ging der Parteitag nachmittags zur Behandlung der Markeifrage über. Diese alljährlich wie das Mädchen aus der Fremde wiederkehrende Frage ist seit den Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission in ein Stadium größerer Heftigkeit und Stabilität gekommen. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß Anträge auf neue Kurpfuschereien an der Markeife in diesem Jahre nicht gestellt worden sind. — Gestritten wurde einzig darüber, ob der Beschluß des Nürnberger Parteitages, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, einen Tagesverdienst an die Partei- und Gewerkschaftskasse abzuführen haben, ob dieser Beschluß aufgehoben werden soll. Die Aufhebung wurde jedoch mit 237 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch ein Abschwächungsantrag, dagegen wurde in namentlicher Abstimmung mit 279 gegen 131 Stimmen beschlossen, gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages nachzukommen, das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten.

Am Freitag waren wiederum Saal und Tribünen von Zuhörern überfüllt, die alle herbei geströmt waren, um den zweiten Teil des Bebel'schen Referats über die Reichstagswahlen mit anzuhören. Und Bebel sprach lebhafter, feuriger noch als am gestrigen Tage. Als er am Schluß des Referats mit dem alten Metallklang seiner Stimme den alten Kampfesruf wiederholte: **Partei genossen: Auf zum Kampf!**... Durch!... Da fühlte jeder, daß hier ein Großer sprach, daß hier der erste Feldherr einer unbesiegbaren Heeresmacht rief, die unaufhaltbar und trotzig aus der Tiefe drängt, und deren unübersehbares Wachsen zu bannen das erste und größte aber auch das aussichtsloseste Problem der herrschenden Gesellschaft darstellt.

Bebel verspottete mit köstlichem Humor den Jubel der ganzen bürgerlichen Gesellschaft bei den Reichstagswahlen 1907: Die Reden Wilhelms, Wilhelms II., des Königs von Sachsen, die Telegrame Eduards von England, des Königs von Oesterreich. Der Internationalismus der Fürsten gegen die Arbeiter lugelte sich damals vor Freuden. Und auch die Liberalen, die armen Schächer, schmetterten Jubelshymnen. Sie hatten sich ja jahrzehntelang vergeblich bemüht, von der Sonne der Regierungsgunst bestrahlt zu werden, und nun endlich nach langer Nacht begann diese Sonne ihnen zu leuchten. Ach, wie ganz anders, wie lagenjämmerlich, klingt heute bei all diesen vor Jahren so schön besoffenen Herrschaften die Melodie! Und sie haben wirklich allen Grund dazu in ihrer Sünden Blüte.

Bebel rechnete mit den Wortbrüchen des alten Reichstages, der Verlogenheit und Erblichkeit der bürgerlichen Kulissenschieber, mit oft vor Grimm bebender Stimme, ab. Er hielt vor allem eine Generalabrechnung mit der verlogendsten und heuchlerischen aller Parteien: dem Zentrum. Er zeichnete die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien jetzt sorgsam geleugneten und verschleierte Gefahren, die tödlicher nach den Wahlen kommen: eine neue Flottenvorlage, neue Steuern, neue Preissteigerungen. Die Gefahr eines Dvambo-Krieges taucht in Südwest-Afrika auf, die alten Handelsverträge laufen 1912 ab, und die Sozialdemokratie wird dann dieselben Kämpfe zu führen haben, wie sie sie 1902 bei der Zollvorlage in so scharfer Weise führen mußte. Die Lebensmittelsteuerung aber wird nicht mehr aus der kapitalistischen Welt verschwinden. Sie wird für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die akuteste Magen- und Lebensfrage werden. Der Boden für die sozialdemokratische Agitation wird dadurch immer besser vorbereitet. Je mehr die Partei aber wächst, desto mehr werden Konservative, Zentrum, Nationalliberale Arm in Arm zusammengehen. Wir werden, sobald die Hauptwahlen nur glücklich für die Sozialdemokratie ausfallen, ein allgemeines Hafrenrennen unter den bürgerlichen Parteien nach rechts erleben.

Besonders Interesse boten die Schlusssitzungen Bebel's über das Verhalten der Sozialdemokraten in den Stichwahlen. Der Parteivorstand hat darüber genau umrissene Be-

stimmungen aufgestellt, die allgemeine Anerkennung erfuhren. Wo die Parteigenossen in der Stichwahl die Entscheidung zwischen zwei gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur solche Kandidaten unterstützen, die schriftlich oder vor Zeugen sich verpflichten, für die bestehenden Grundrechte der Arbeiterklasse einzutreten, als da sind: Reichstagswahlrecht, freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, dagegen gegen jedes Ausnahmegesetz und jede Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide versprechen, diese Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Reichsliberalen vorzuziehen. Bei allen andern Kandidaten haben die Genossen sich strikte der Wahl zu enthalten.

Der ganze Parteitag zeigte sich von dem Bewußtsein erfüllt, daß die nächste Reichstagswahl eine der wichtigsten wird. Er rief die Parteigenossen auf, während der nächsten vier Monate mit den äußersten Kräften zu arbeiten, um ein günstigeres Resultat als im Jahre 1907 für das arbeitende Volk zu erzielen.

Von den verschiedenen Beschlüssen erwähnen wir besonders die erneute Aufforderung an alle Genossen und organisierten Arbeiter, den Schnapsgenuß zu meiden.

Für den Nachmittag hat das Lokalkomitee den Delegierten und Gästen ein großes Marktfest auf dem Markte in Jena bereitet.

Am Samstag blieben dem Parteitag nur noch wenige Arbeiten zu erledigen übrig. Der Parteitag nahm einen Antrag auf Ausbau der Parteisekretariate vor allem durch die Einstellung von Sekretarinnen an. Dann sprach er der tapferen finnischen Bruderpartei, die gegen die Schergen des russischen Zaren, der die von ihm beschworene finnische Verfassung brutal mit Füßen tritt und zu stürzen strebt, seine herzlichsten Sympathien aus. Und dann erfolgte die Vorstandswahl. Für den verstorbenen Genossen Singer wurde der Rechtsanwält Genosse Haase aus Königsberg neugewählt. Er und Bebel werden als Parteivorstehende fungieren. Alle übrigen alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, jedoch wurde der Vorstand noch verstärkt durch die neu hinzu gewählten Genossen Braun-Königsberg und Reichstagsabgeordneter Scheidemann als Vorstandsekretäre. In die neungliederige Kontrollkommission der Partei wurden Stubbe-Hamburg und Reichstagsabgeordneter Hengsbach-Cöln neugewählt.

Damit waren die Arbeiten des Parteitages erledigt. Die Verhandlungen haben unter einem guten Stern gestanden, sie sind so erledigt worden, daß die Partei mit dem Ergebnis zufrieden sein kann. Der Vorstand hat gezeigt, daß nichts unterlassen worden ist, was irgendwie die Partei ernstlich geschädigt hat. Der Vorstand hat sich eine scharfe Kritik gefallen lassen müssen, aber er hat auch die Ermunterung gehabt, daß ihm einstimmig das Vertrauen wieder ausgesprochen ist. Und außerdem hat der Parteitag eine Verstärkung des Vorstandes vorgenommen, die ihn in den Stand setzen soll, seiner nächsten schweren Aufgabe, als höchste Behörde der Partei vorbereitend und leitend in den Reichstagswahlkampf einzugreifen, um so besser gerecht zu werden. An den Parteigenossen ist es, den Vorstand nach Kräften zu unterstützen.

Der Parteitag hatte die Hauptaufgabe, den Auftakt für die nächsten Reichstagswahlen zu geben. Dieser Aufgabe ist er gerecht geworden. Er sprach von Kampf und Empörung gegen die herrschenden Massen, gelobte, die herrschenden Kreise unerbittlich und bis aufs Messer zu bekämpfen und nicht zu rasten, bis das kapitalistische System zu Boden gerungen ist. Die bürgerliche Presse betört ihre Leser wieder durch allerlei Betrachtungen über die innere Zerspaltung der Sozialdemokratie. Ach, wie wenig kennen diese Parteien das Wesen der Sozialdemokratie. Sie übt unerbittliche Kritik an sich selber, aber sie marschiert stets geschlossen gegen die Feinde draußen. Das gelobten sich die Delegierten aufs neue, als sie unter den Marschmärgen der Arbeitermarschallasse auseinander gingen, und das werden auch die nächsten Monate besonders erweisen.